



## **Fairer Frieden – Keine Belohnung des Aggressors**

**Dr. Klaus Olshausen**

**August 2023**

### **Zusammenfassung**

---

Nach mehrfachen Resolutionen der VN-Generalversammlung zur Aggression gegen die Ukraine seit dem 2. März 2022, die die Aggression verurteilten, die Herstellung der territorialen Integrität und Souveränität forderten und den bedingungslosen Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine verlangten, muss man festhalten, dass die Staaten alle drei Forderungen nicht nur nicht durchgesetzt haben, sondern ein brutaler russischer Angriffskrieg mit genozidalen Aspekten weiter tobt. Alle Vorschläge für einen Waffenstillstand oder „kompromissorientierte“ Ansätze begünstigen den Aggressor, den es zur Fortsetzung anregen wird. Ein fairer Friede wird nur gelingen, wenn die Ukraine und Russland wieder in ihren anerkannten Grenzen leben werden. Denn Selbstbestimmung und Gleichheit aller Staaten bleiben ausschlaggebende Orientierung.

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

Seit über 18 Monaten tobt ein Aggressionskrieg Russlands in Europa, kinetisch gegen das gesamte Gebiet der Ukraine, hybrid in vielfältiger Form gegen den „kollektiven Westen“. Bereits am 2. März 2022 hat die Generalversammlung der VN mit riesiger Mehrheit die Aggression verurteilt und den unverzüglichen Rückzug aller russischen Truppen vom Territorium der Ukraine und damit die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine in ihren Grenzen von 1991 gefordert.

Resolutionen im Oktober und November 2022 sowie am 23. Februar 2023 haben dies mit eindeutigen Worten wiederholt. Aber keines der zustimmenden Länder hat wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen, um diese und andere Forderungen an Russland durchzusetzen. Viele der über 140 Länder beließen es bei der Zustimmung zu den Forderungen und sahen die Verantwortung zu deren Durchsetzung eher bei anderen Staaten.

Staaten der NATO, der EU und Partnerstaaten halfen und helfen – wenn auch unzureichend, zögerlich und zu langsam – der Ukraine bei ihrer legitimen Selbstverteidigung. Sie sind aber nicht willens und/oder in der Lage mit drastischen – auch militärischen – Maßnahmen, den in vielen Resolutionen geforderten Rückzug der Russen aus der Ukraine voranzubringen und so den Krieg zu verkürzen.

Statt also die Resolution, der man zugestimmt hat, nachhaltig durchzusetzen, begannen sehr früh Überlegungen, wie man den Krieg durch Verhandlungen zunächst zu einem Waffenstillstand bringen und dann zu einem als Kompromiss vorgestellten Frieden führen kann. Manifeste und Apelle unterschiedlicher Gruppen und Initiativen unterschiedlicher Regierungen oder Gruppen von Regierungen haben insbesondere eine rasche Beendigung der Feindseligkeiten in den Vordergrund gerückt.

Solche Vorschläge bedeuten nicht nur die Fortsetzung, ja Hinnahme besetzter und illegal annektierter Gebiete der Ukraine durch den Aggressor, sondern sie entbehren aller klaren Vorstellungen und Maßnahmen, wie man danach den Aggressor zum Rückzug aus der Ukraine veranlassen oder zwingen kann. Damit besteht die Gefahr, dass alle Forderungen nach Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine zu bloßen Worthülsen werden. Diejenigen, die einen Waffenstillstand bei der derzeitigen Lage deshalb ablehnen, sind aber nicht bereit, der Ukraine die Mittel zur Verfügung zu stellen, mit denen Russland ökonomisch und militärisch geschwächt und die Ukraine wirtschaftlich und militärisch so ausgestattet wird, dass die russischen Streitkräfte zurückgedrängt, in ihrer Führungsfähigkeit eingeschränkt und von jeder wirksamen Versorgung auf dem Land-, Luft- oder Seeweg abgeschnitten werden können.

Unter diesen Gegebenheiten hatte Saudi-Arabien Anfang August viele Staaten zu einem Treffen in Dschidda eingeladen, um über Wege zu einem fairen Frieden aus der Aggression Russlands zu sprechen. Das Forum in Dschidda – als Friedensinitiative – gab vor allem der Ukraine Gelegenheit, den 10-Punkte-Friedensplan zu erläutern, den Präsident Selenskyj erstmals beim G20-Treffen im vergangenen November vorgestellt hatte. Am Ende wurde Einigkeit bekundet, dass die territoriale Integrität der wesentliche Orientierungspunkt für eine regelorientierte Weltordnung bleibt. Zu den Teilnehmern zählten mit Brasilien, China und Südafrika auch Regierungen, die selbst schon Vorschläge zur Beendigung des Kriegs vorgebracht hatten. Diese Vorschläge hatten alle das „Ende des Krieges“ im Auge. Dazu machten sie alle die Frage der territorialen Integrität sowie die außenpolitische Souveränität der Ukraine durchaus zum Teil der „Verhandlungsmasse“.

Der Blick auf einen fairen und dauerhaft angelegten Frieden muss die legitimen Kriegsziele der Selbstverteidigung der Ukraine einerseits und die völkerrechtswidrigen, imperialen, ja erkennbar genozidalen Kriegsziele des Aggressors auseinanderhalten. Das verlangt, dass die völkerrechtswidrigen Kriegsziele von Putins Russland

gestoppt werden und die Ziele in den genannten UN-Resolutionen die wesentliche Grundlage der Friedensverhandlungen werden.

Die Reihe von Vorschlägen für Verhandlungen, u.a. von China, Brasilien und afrikanischen Staaten, die in unterschiedlicher Ausführlichkeit und mit kompromissorientierter Zielsetzung – wie Land für Frieden – Wege aus dem Krieg aufzeigen wollen, scheuen sich vor der klaren Aussage, den Aggressor in die Schranken zu weisen. Die besonders offenkundige „Belohnung“ des Aggressors ist der Vorschlag von Präsident Lula, die Waffenlieferungen an die Ukraine einzustellen. Denn jeder „Friede“, der dem Aggressor (Teil-)Erfolge zubilligt, in dem Glauben, dass darauf eine dauerhafte Beendigung der Feindseligkeiten oder gar nachhaltige Beziehungen aufzubauen sind, nimmt das Handeln eines revisionistisch-imperialen Regimes nicht ernst, wonach jeder Teilerfolg den Anreiz bildet, an seinem imperialen Weg festzuhalten.

Deshalb gilt es, Putin mit politischem Druck, wirtschaftlichen Sanktionen und der massiven Unterstützung aller militärischen Einsätze der Ukraine zur Befreiung ihres Territoriums davon zu überzeugen, dass seine koloniale Politik gescheitert ist und jede Fortsetzung des Krieges den Preis für Russland – auch für ihn selbst – ins Unvertretbare steigert.

Als Fazit bleibt: Erst wenn die seit 1991 unabhängige Ukraine wieder in ihren anerkannten Grenzen leben kann und die Russische Föderation sich auf ihre anerkannten Grenzen begrenzt, kann ein fairer Friede gelingen, der diesen Namen unter der Charta von Paris verdient. Ein solcher Friede ist, mit den Worten von Timothy Snyder, ein Erfolg für Selbstbestimmung und die Gleichheit aller Staaten.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

### Über den Autor dieses Beitrags

---

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



*Dr. Klaus Olshausen*